

Friedenspolitik mit langem Atem

Joschka Fischer warb auf dem Bundesparteitag in Berlin für eine Abkehr vom kategorischen Gewaltverzicht. „Es ist nicht Joschka Fischer, der Euch das zumutet, die Realität mutet Euch das zu“, sagte er. Was hat Ihnen die Realität in den letzten vier Jahren zugemutet?

Sie hat uns einiges abverlangt, die Realität. Bereits kurz nach dem Regierungsantritt sahen wir uns mit schwierigsten Situationen konfrontiert: der humanitären Katastrophe im Kosovo und einem NATO-Beschluss für Luftangriffe. Das waren Ereignisse, die wir uns im Traum nicht vorgestellt hatten und zu denen wir uns hier und heute verhalten mussten. Wenn man an der Regierung beteiligt ist, kann man sich nicht mit Wünschen und der Kritik an früheren Fehlern begnügen. Man muss sich den gegebenen Herausforderungen stellen – mit allen daraus folgenden Konsequenzen.

Wir als GRÜNE haben die aktive Friedenspolitik in den Vordergrund gestellt. Wir geben dazu nicht einfach Bekenntnisse ab, sondern haben in den letzten Jahren bei verschiedenen Krisen für Gewaltverhinderung gearbeitet und vielfältige Fähigkeiten entwickelt, um Friedenspolitik aktiv voran zu bringen. Wir haben ein differenziertes Verständnis vom Militär entwickelt, wie es auch etwa den friedensethischen Positionen der Kirchen entspricht. Der Einsatz militärischer Gewalt ist weiterhin ein großes Übel. Zugleich können aber Situationen nicht ausgeschlossen werden, in denen der Einsatz militärischer Mittel zur Bewahrung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens und zur Abwehr schwerster Menschenrechtsverletzungen notwendig werden kann. Das ist eine Anforderung der Vereinten Nationen, dem sich ein Mitgliedsland nicht prinzipiell weigern kann. Zugleich müssen gerade die Grünen angesichts der Erfahrungen mit Militär und Aufrüstung an einer grundlegenden Militärkritik festhalten. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, bei Positionsänderungen, die durch die Verhältnisse und Lernprozesse immer wieder notwendig sind, antimilitaristische Erkenntnisse über Bord zu werfen.

Wann hat sich Ihre Position zu Militäreinsätzen gewandelt? Gab es ein Schlüsselerlebnis wie bei Joschka Fischer, der seine Abkehr vom kategorischen Gewaltverzicht mit dem Fall der UN-Schutzzone in Srebrenica begründete?

Bei mir war eine Wendemarke der Bosnienbesuch im Herbst 1996, als

ich oberhalb des früheren Kessels von Sarajevo stand und dort nachträglich das Versagen der europäischen Staaten empfunden habe. Fast drei Jahre hatten die serbischen Belagerer während des Krieges die Bewohner der Stadt durch Granatbeschuss und Scharfschützen terrorisiert und 10.000 Menschen umgebracht. Dort haben wir konkret die Funktion einer Nato-Truppe gesehen, die zur Beendigung des Mordens beigetragen hatte und ein Wiederaufflammen des Krieges verhinderte.

Sie sind Gründungsmitglied der Grünen. Wollten Sie schon immer Politiker werden?

Nein, aber ich war seit Schülerzeiten politisch aktiv, später Lehrer mit Freude am Beruf und zugleich Teilzeitpolitiker. Das Ziel, Vollzeitpolitiker zu werden, ergab sich aus der Friedensbewegung heraus.

Nach dem 11. September haben Sie den hohen Konformitätsdruck kritisiert und vor blinder Loyalität gewarnt. Auch die rot-grüne Regierung müsse kontrolliert und ihr gegebenenfalls widersprochen werden. Wie gehen Sie mit diesem Anpassungszwang um?

In solchen Extremsituationen versuche ich persönlich dem Konformitätsdruck entgegenzuwirken, indem ich innerlich aus der Koalition austrete. Dann ziehe ich verschiedene Experten hinzu – Friedensforscher, einzelne Friedensbewegte, Leute mit UN-Erfahrung; sie helfen mir, die Frage zu beantworten, was in dieser Situation legitim, notwendig und vor allem verantwortbar ist, um so nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden zu können.

Sie haben am 16. November 2001 dem Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen das Al Qaida-Netzwerk und seine Unterstützer zugestimmt. Anfang November hatten Sie eine Zwischenbilanz zum Afghanistaneinsatz der USA vorgelegt, in dem Sie die Luftangriffe als unverhältnismäßig bezeichnet und einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik ausgeschlossen hatten. War der Druck von Seiten der Regierung zu groß?

Persönlichen Druck habe ich nicht erfahren. Die Entscheidungsalternativen und meine Mitverantwortlichkeit für die Konsequenzen übten aber einen Wahnsinnsdruck aus. Binnen weniger Tage führte eine veränderte Situation zu meiner – und vieler anderer – Positionsänderung. Entscheidend war erstens, dass der Konflikt in Afghanistan in kurzer Zeit erheblich schrumpfte, dass es uns Grünen zweitens gelang, den Bundeswehr-

Auftrag durch entsprechende Beschlüsse des Bundestages erheblich klarer zu fassen und vor allem den Einsatz der Bundeswehr einzubetten in eine umfassende Politik gegen Nährböden des Terrorismus.



Vertrauensvolle Zusammenarbeit: Außenminister Joschka Fischer und Winni Nachtwei, laut Süddeutscher Zeitung „Das Frühwarnsystem der Grünen“

Wenn die USA den Kampf gegen den Terrorismus auf andere Staaten ausweiteten, würden Sie dem zustimmen?

Mit militärischen Mitteln allein ist der Hydra des internationalen Terrorismus nicht beizukommen. Von der UN gedeckt ist das Vorgehen in Afghanistan, das aber an das Kriegsvölkerrecht gebunden ist. Der Reihe nach gegen andere Länder kriegerisch vorzugehen, ist völkerrechtlich nicht legitimierbar, und völlig kontraproduktiv. Es hätte verheerende Konsequenzen für den ganzen Mittleren und Nahen Osten und für die Welt. Und deshalb ist es auch so wichtig, dass die Bundesrepublik und die EU alles gegen solch abenteuerliche Kriegspolitik unternehmen.

Mit welchen anderen, nichtmilitärischen Mitteln lässt sich der Terrorismus bekämpfen?

Notwendig sind politisch-diplomatische, polizeiliche, geheimdienstliche, finanzpolitische, wirtschafts- und kulturpolitische Maßnahmen. Vor allem geht es darum, dass die Staatengemeinschaft Mitverantwortung übernimmt für ordnungslose Räume wie Afghanistan, die zu

Exportstätten für Gewalt und Terrorismus geworden sind. Vielfältige Hilfen zum "nation building", zum Aufbau von Wirtschaft und Zivilgesellschaft wirken gegen die Seuche privatisierter Gewalt.

zusammen – von der internationalen Lage bis zu der zum Teil mangelhaften Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern.

Wenn Sie jetzt auf die vergangene Legislaturperiode zurückschauen. Was waren Ihre größten Erfolge?

Ich habe beigetragen zum Aufbau des Zivilen Friedensdienstes und der anderen Säulen der Infrastruktur für Zivile Konfliktbearbeitung. Wie kaum jemand sonst im Bundestag habe ich unsere umstrittenen sicherheitspolitischen Entscheidungen transparent gemacht, sie zur Diskussion gestellt und nachträglich (selbst-)kritisch überprüft. Die neue friedenspolitische Programmatik der Grünen habe ich entscheidend mitgeprägt. Vor Jahren gab ich erste Anstöße zu zwei Erinnerungsprojekten, die jetzt Wirklichkeit wurden: die Gedenkstätte Riga-Bikernieki und die Erinnerungs- und Forschungsstätte Villa ten Hompel in Münster.

Manchmal scheint es, als dass die rot-grünen Amtsträger sich gegenüber der eigenen Fraktion recht sperrig verhalten. Welche Erfahrungen machen Sie mit den Regierungsmitgliedern?

Die Ministerien verhalten sich sehr verschieden. Die Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium ist schwierig. Beispiel Bundeswehrreform: Sie wurde durch den Verteidigungsminister ohne den Versuch einer Konsensbildung in der Koalition, geschweige mit dem Parlament durchgesetzt. Mit dem Auswärtigen Amt hingegen läuft die Zusammenarbeit äußerst konstruktiv.

Spüren Sie einen stärkeren Rechtfertigungszwang seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün?

Natürlich, weil wir jetzt auch in Mithaftung für die gesamte Regierungspolitik sind. Deshalb ist es schwieriger als in Oppositionszeiten, in denen man nur für das verantwortlich ist, was man sagt.

Fühlten Sie sich in den letzten vier Jahren durch Kritik verletzt?

Ja, wenn bei den Entscheidungen, die ich mitgetragen habe, nicht auf das Ausgangsproblem eingegangen und mir Kriegswille oder Opportunismus unterstellt wurde. Es war um so verletzender, wenn vorher die direkte Auseinandersetzung nicht gesucht wurde.

Welche Pläne haben Sie für die kommende Legislaturperiode? Wollen Sie auch künftig die Friedenspolitik gestalten und wo sehen Sie konkrete Schwerpunkte?

Als sicherheits- und abrüstungspolitischer Sprecher der Fraktion will

ich für einen neuen Anlauf für Abrüstung, für die Abschaffung der Wehrpflicht, für eine Bundeswehrreform zur Stärkung gemeinsamer Sicherheit und vor allem für den Aufbau ziviler Friedensfähigkeiten arbeiten. Die Kräfte für Polizeieinsätze und Zivilen Friedensdienst müssen vervielfacht werden.

Besonders nach dem Regierungsumzug nach Berlin scheint sich die Medienkultur verändert zu haben. Themen werden aufgebauscht und verschwinden schnell wieder in der Versenkung.

Das Thema Krisenvorbeugung ist wenig öffentlichkeitswirksam: Es geht ja nicht um „spannende“ Gewalt und Streit, sondern um Streitschlichtung und -vorbeugung. Good news von verhinderter Gewalt, gar Kriegen sind für Medien nicht interessant. Insofern arbeite ich an besonders dicken Brettern. Meine letzte Bosnienreise hat mir sehr deutlich gemacht, wie sehr gerade Friedensarbeit und -politik langen Atem erfordern, ganz im Unterschied zur Kurzatmigkeit der Medienwelt.

Auch die Politiker scheinen den Selektionsmechanismen der Medien entgegen kommen zu wollen. Politik wird inszeniert und wirkt mitunter wie Theater.

Das habe ich schon in Bonn so erlebt. Politik erschöpft sich immer häufiger in medialer Schaumschlagererei.

Ist der Umgang zwischen den politischen Akteuren hinter der medialen Bühne genauso vergiftet?

Nein, da gibt es etliche offene und kollegiale Kontakte. Allerdings empfinde ich es auch im Ausschuss immer wieder beschämend, wie simpel und bloß parteitaktisch oftmals gestritten wird. Da wird viel Zeit und Kraft vertan.

Was zeichnet Ihrer Meinung nach einen guten Politiker/eine gute Politikerin in der Zukunft aus?

Klare Grundorientierung, Vision und Realitätssinn, Verantwortungsbewusstsein über die Legislaturperiode und die eigene Klientel hinaus, soziale und Sachkompetenz, große Offenheit, Hör- und Lernfähigkeit, Beharrlichkeit, Überzeugungs- und Durchsetzungsfähigkeit.

Würden Sie Interessierten heutzutage noch dazu raten, sich politisch zu engagieren?

Ja. Trotz aller Riesenprobleme und Widrigkeiten der politischen Ebenen – man kann doch was bewirken, es ist spannend, man lernt auch viele tolle Leute kennen.

Vielen Dank für das Gespräch.